

Überbelegung in Demenzabteilung / Personal muss an Kapazitäten angepasst werden

Unhaltbare Zustände in Psychiatrie

Der Fall sorgte niedersachsenweit für Aufsehen: Im Klinikum Wunstorf wurden einer Besuchskommission zufolge mehrere demente Senioren angetroffen, die anstatt in einem Zimmer zusammen in vollgestellten Gemeinschaftsräumen übernachtet mussten - bei eingeschaltetem Neonlicht. Das Klinikum Hannover, zudem die Psychiatrie gehört, entschuldigte das Vorgehen mit einer Überbelegung.

Die Anzahl der Demenzkranken sei zu diesem Zeitpunkt doppelt so hoch gewesen wie zu anderen Zeiten. Da es sich um besonders schutzbedürftige Patienten handele, seien diese nachts in den Aufenthaltsräumen betreut worden.

Überbelegung ist kein Einzelfall

Laut der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft (NKG) ist eine Überbelegung in der Psychiatrie wie in Wunstorf kein Einzelfall in Niedersachsen. Aufgrund der langen Wartezeiten in therapeutischen Praxen wichen immer mehr Betroffene auf



Die Klinik in Wunstorf geriet kürzlich aufgrund ihres Umgangs mit dementen Senioren in die Schlagzeilen. Foto: Stefanie Jäkel

Krankenhäuser aus, die diese - anders als in herkömmlichen Kliniken - nicht ablehnen dürften. Ähnliche Fälle wie in Wunstorf sind der NKG jedoch bislang nicht bekannt. Das Problem liegt dabei auf der Hand: In den meisten Häusern ist die Personaldecke viel zu dünn, außerdem wird es immer schwieriger, geeignete Fachkräfte zu finden.

„Das ist wirklich ein unhaltbarer Zustand“, empört sich

der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer. „Die Krankenhäuser in Niedersachsen - insbesondere im psychiatrischen Bereich - müssen endlich so ausgestattet werden, dass sie die Kapazitäten an den Bedarf anpassen, entsprechendes Fachpersonal einstellen und auch angemessen bezahlen können.“

Deshalb unterstützt der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. auch ein un-

gewöhnliches Bündnis: Die niedersächsische Allianz für Krankenhäuser. Darin haben sich alle 21 Krankenhäuser des Gesundheitsstandortes Region Hannover zusammengeschlossen, um gegen die dauerhafte Unterfinanzierung im Krankenhaussektor zu kämpfen. „Der wirtschaftliche Druck in den Kliniken belastet sowohl die Beschäftigten als auch die Patienten“, so Bauer. Die bislang hochwertige Ver-

sorgung in Niedersachsen sei damit auf Dauer nicht mehr zu gewährleisten.

Die Proteste des Bündnisses zeigen erste Wirkung: Die Bundesregierung will eine Hilfe von etwa 1,1 Milliarden Euro für die Krankenhäuser auf den Weg bringen. Das Kabinett hat die Unterstützung beschlossen; sie soll in diesem und im kommenden Jahr an die Hospitäler gezahlt werden. „Die Zahlungen sind ein Schritt in die richtige Richtung, vor allem für die Häuser, die von akuter Geldnot bedroht sind“, findet der niedersächsische SoVD-Chef.

Tropfen auf dem heißen Stein

Allerdings sei der Betrag lediglich ein Tropfen auf dem heißen Stein: „Die Krankenhäuser bleiben noch immer auf etwa 25 Prozent der Kosten für die Tarifsteigerungen sitzen.“ Zudem müsste das Land jetzt bei den Investitionskosten nachziehen und sich um die Gebäude und Geräte kümmern. Die Pläne der Bundesregierung müssen noch Bundestag und -rat passieren.

Frauke Heiligenstadt ist Niedersachsens neue Kultusministerin

Inklusion und Krippenplätze sind wichtige Themen

Als langjährige Schulexpertin der SPD-Landtagsfraktion verfügt Frauke Heiligenstadt bereits über ein breites Fachwissen. Dennoch legt die 47-Jährige jetzt im neuen Amt der niedersächsischen Kultusministerin großen Wert darauf, sich zunächst einen gründlichen Überblick zu verschaffen.

Das heißt: viele Gespräche führen und zuhören. „Der Dialog mit allen Beteiligten ist für mich eine wichtige Voraussetzung für eine gelungene Bildungspolitik. Mit vielen Eltern, Vertreterinnen und Vertretern von Schulen und Kommunen bin ich schon seit Jahren im Gespräch“, sagt die gelernte Verwaltungsfachfrau.

So ist zum Beispiel Anfang Juni ein Dialogforum zum Thema „Schulstress an den Gymnasien“ geplant und auch

zu den Themen Inklusion oder dem Ausbau der Krippenplätze ist ein intensiver Austausch vorgesehen: „Allein durch die Rechtsansprüche in der frühkindlichen Bildung und bei der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Förderbedarf haben wir große Aufgaben zu bewältigen. Diese sind von der Vorgängerregierung viel zu lange liegen gelassen worden“, so Heiligenstadt.

Als Beispiel: Das niedersächsische Kita-Gesetz ist seit 20 Jahren nicht geändert worden. Bildung komme darin praktisch nicht vor, sagt die Mutter einer fast erwachsenen Tochter und kündigt zur Mitte der Legislaturperiode ein modernes „Kinderförderungs-gesetz“ an.

Für die inklusive Schule hat die Kultusministerin ein Aktionsprogramm geplant, das



Frauke Heiligenstadt

Foto: Nds. Kultusministerium

u.a. Fragen der Personalausstattung sowie der Lehreraus- und Lehrerfortbildung behandeln soll. „Aus meiner Sicht ist es wichtig, jetzt konkrete Schritte zur inklusiven Bildung festzulegen. Wir wol-

len schließlich kein Kind zurücklassen.“

Mitte Mai wird die Ministerin im Rahmen eines Antrittsbesuchs beim SoVD-Landesverband auch über diese Themen diskutieren.

Reise-
Hotline

Wenn Sie Fragen zu bereits gebuchten Reisen unseres Partners Fit & Vital haben, wenden Sie sich bitte an die extra dafür eingerichtete Reise-Hotline unter der Rufnummer 0511/70148-51.